

Dresdner Nachrichten

Segründer 1856

Druckerei: Reichsdruckerei Dresden
Verlagsdirektor: Herrmann
Redaktion: Herrmann

Verlagspreis: 1.30 M. (einmalig)
Abonnement: 12 M. (vierteljährlich)

Verlag: Neff & Neff
Dresden, Postfach No. 1088

Dietrichs Rechenchaftsbericht im Reichstag

Audurchsichtiges Spiel mit Zahlen

Von unserer Berliner Schriftleitung

Der Reichstag ist am Montag zu einer dreieisigen, höchstens vier Tage währenden Sitzungsperiode, zusammengesessen, der im Grunde auf keiner Seite entscheidendes politisches Interesse entgegengebracht wird. Man weiß, daß diese Sitzungen, mag es noch so wild hergehen mit Mißtrauensvoten und Angriffen, mögen noch so heftige Reden für und gegen gehalten werden, nur ein Zwischenpiel bedeuten. Ja, man könnte fast sagen, daß sie ihren eigentlichen politischen Sinn verloren haben, nachdem festgestellt, daß die Reichsregierung sich nicht in der Lage sieht, die erste Befugnis des Staats nachgemacht zu inkorporieren. Denn dazu hätte es der Vorlage des Reichshaushalts bedurft. Dazu hätten die endgültigen Ziffern festzulegen müssen, die für die Reichskasse im nächsten Haushaltsjahr maßgebend sein sollen.

Nantes, das den Namen Deutsches Reich trägt, noch leidlich intakt ist; denn schließlich ist das Reich nichts ohne die Länder, und die Länder sind nichts ohne die Gemeinden, ohne die eigentlichen Zellen des Volksaufbaues. Finanzen sind wir an der Wurzel krank, und die Zahlenfüße oberer Finanzbehörden mögen zwar den Unkundigen einen Augenblick lang verwirren, der elementare Notstand wird dadurch nicht berührt. Uebrigens enthält die Rede des Reichsfinanzministers u. a. einen noch besonders interessanten Hinweis auf die Konfliktstelle, die sich zwischen Notverordnungspolitik und verfassungsmäßiger Gesetzgebung in steigendem Maße ergeben. Vor kurzem hat das Reichsgericht in einer nicht sehr bedeutenden Frage festgestellt, daß Notverordnungen, mit denen Steuern, Zölle, Abgaben, Steuern, auf Grund alter Gesetze zu Unrecht bestanden. Das war bei der Frage, ob politische Verordnungen von vollrechtlichen Organen überwacht werden dürfen. Ein ähnlicher, viel ernsterer Konflikt hat sich bei den sogenannten Kreditermäßigungen ergeben. Hier steht die Frage der Reichsschuldenverwaltung der Notverordnungspolitik diametral gegenüber. Die Reichsschuldenverwaltung erklärt, daß gewisse Notverordnungen zu Unrecht bestehen, soweit es sich um Kreditermäßigungen handelt. Die Reichsregierung beruft sich auf Staatsrechtler, die der generellen Auffassung Ausdruck gegeben haben. Aber trotzdem ist ihre Stellung schwach, daß sie jetzt auf diesem sehr heißen Gebiet lieber ein Entlastungsgesetz des Reichstages beschließen wollen möchte. Es kann sich also ein recht ernstes Rechtskonflikt ergeben, wenn die Sozialdemokratie bei der vom Abgeordneten Freytag vertretenen Forderung bestehen sollte, daß in der Tat die Notverordnungspraxis auf dem Gebiet der Kreditermäßigungen den gesetzlichen Grundlagen zuwiderläuft. Freilich ist dies nach den Erörterungen vergangener Parlamentsstunden wenig wahrscheinlich. Doch steht ist die SPD. zuerst gefolgt unter das Joch des Kabinetts Drängung gefroren.

Das alte Haushaltsjahr ist bekanntlich auf dem Wege der Notverordnung verlängert worden. Man tat dies damals, weil man hoffte, daß die große Reparationskonferenz inzwischentatsächlich auf den Weg gebracht werden würde. Diesen Plan hat Frankreich nicht geschlagen, und nun ist man mit den Arbeiten nicht nachgekommen. Man hängt finanziell in der Luft, und vielleicht wäre es überhaupt das klügste, man verlegte noch einmal die Entscheidung über den Haushalt um einige Monate, zum mindesten bis nach der Reparationskonferenz. Auch außenpolitische Gesichtspunkte könnten für die Fortsetzung ins Feld geführt werden, die Aufstellung des Reichshaushalts noch weiter hinauszuschieben. Was kann Deutschland für ein Interesse daran haben, den Gläubigernächsten an der Schwelle der entscheidenden Reparationskonferenz einen glaubwürdigen Status zu unterbreiten. Der unsere Ökonomen unter Umständen die Möglichkeit gibt, einzukaufen und die Ausgaben der Reichsregierung zu unterbreiten, aus der Argumente gegen unsere vollständige Entlastung von Erbverbindlichkeiten entnommen werden könnten. Die heutige Debatte hat also, insofern Haushaltsfragen überhaupt berührt wurden, ergeben, daß im Grunde genommen diese Tagung überflüssig ist. Sie hätte nur dann einen Sinn gehabt, wenn man wirklich über den Etat zu diskutieren vermocht hätte. Die allgemeine innenpolitische Aussprache muß ebenfalls wenig ergiebig bleiben, weil der Schwerpunkt ja heute nicht mehr in einem Reichstag liegt, dessen Zustimmung dem politischen Willen des Volkes entspricht. Die eigentliche innenpolitische Entscheidung liegt heute in Preußen. Hier lassen die Wahlen der Reichsregierung, die durch die Wahlen und Wählerstimmen, die jetzt den Reichstagspräsidenten erfüllen, keine unmittelbare politische Bedeutung zukommen, auch dann, wenn die Parteien scharf aufeinanderprallen und alle innenpolitischen Fragen, wie S.M.-Verbot und Reichstagsauflösung, noch so heftig diskutiert werden.

Der Reichstag ist aber offensichtlich noch nicht annehmend fertig. Man weiß zwar, wieviel man ausgeben muß — es sind etwa 8,8 Milliarden Mark —, aber man weiß nicht, woher man das Geld nehmen soll, um Ausgaben und Einnahmen in Einklang miteinander zu bringen. Da es aber Haushaltsgesetze gibt, die fest und unumgänglich bestimmen, daß keine Ausgabe bewilligt werden darf, ohne daß die dazu erforderliche Einnahme festgesetzt ist, spielt sich, wenn man den ersten Tag überhaut, die Debatte gleichsam im luftleeren Raume ab, soweit sie nicht — was schon beim ersten Diskussionsredner deutlich wurde — in rein parteipolitische Auseinandersetzungen übergeht. Eingeleitet wurde die Beratung, die formal die Annahme eines sogenannten Schuldentilgungsgesetzes zum Gegenstande hat — man nennt heute etwas Schuldentilgungsgesetz, wenn es sich um Kreditermäßigungen handelt — durch eine Rede des Reichsfinanzministers, die im wesentlichen aus Zahlen bestand. Zahlen, bei denen es so geht, wie bei jenem Goethewort, nach dem es sich trefflich damit kreiten läßt. Der Reichsfinanzminister trug ein schwer verdauliches und schwer verständliches Material vor. Vielleicht sehen die Finanzspezialisten der verschiedenen Fraktionen wenigstens einige Anhaltspunkte darin. Aber der Großteil der Nichtspezialisten wird es schwer haben, sich aus dieser Erklärung ein richtiges Bild über die Lage zu machen. Es schien, als ob es Dr. Dietrich gerade auf diese Wirkung abgesehen hätte. Vielleicht glaubt man, der Opposition die Anhaltspunkte zu einer Kritik nehmen zu können, wenn man sie mit Darlegungen hinhält, die den Kern der Sache gar nicht treffen. So vermischt man in den Ausführungen des Reichsfinanzministers eine völlig oberflächliche Auffassung dessen, was eigentlich als Schuldentilgung auf dem Deutschen Reich liegt. Es wird sein unterschieden zwischen schwedender und lumbierter Schuld, zwischen Defizit und ungedeckten Losen früherer außerordentlicher Haushalte, es wird die Reparationsschuld und die Vorkriegsschuld mit hineingeworfen und so ergibt sich keine klare Vorstellung davon, was zu viel ausgegeben worden ist und wie sich, nächsten gesehen, die deutsche Finanzlage darstellt. Immerhin kann man so viel erkennen, daß der Reichshaushalt rechnerisch mit einem Gesamtdesizit von etwa 1,8 Milliarden abzuklärt, von dem ungefähr 425 Millionen auf das letzte Haushaltsjahr entfallen. Die vorgeschriebene Schuldentilgung ist formal durchgeführt. Man hat so viel an Schulden abgetragen, wie man wieder neue zu machen gezwungen war. Unter diesen Umständen schlägt der Kopf des Reichsfinanzministers, daß die schwedende Schuld nicht größer geworden sei, nicht sehr hoch an, denn im Grunde handelt es sich hier um einen Trugschluss. Der Markwert ist unabweisbar erheblich gestiegen. Gemessen an der Kaufkraft der Mark dürfte also zu den früheren Defiziten ein rechnerischer Zuschlag von zwischen 10 und 20 Prozent hinzukommen. Vermutlich steigt das Defizit damit auf etwa 1,8 Milliarden. Mit der Steigerung des inneren Wertes der Mark vergrößert sich also die Last früher gemachter Schulden. Das Erb der Defizite wird von Jahr zu Jahr teurer, und ihre Abtragung im gleichen Maße schwerer. Ein Zwischenschritt hätte schon recht, wenn er dem Reichsfinanzminister vorhielt, seine optimistische Darstellung der Finanzlage gäbe ein schlechtes Bild, und er solle doch einmal sein Augenmerk auch auf die Nöte der Gemeinden richten. Dr. Dietrich machte es sich bequem mit der Erwiderung, er spreche hier nicht als Oberbürgermeister, sondern als Reichsfinanzminister. Was nützt uns aber eine leidliche Lage der Reichskasse, wenn die Gemeinden unter der Bürde der Wohlhabenderverschöblenlasten zusammenbrechen? Was nützt uns das Zahlenpiel aus einigermaßen ausgeglichene Gebverhältnissen im Reich, wenn Länder, Städte und Dörfer am Rande des Ruins stehen?

Der erste Diskussionsredner war der sozialdemokratische Fraktionsführer Dr. Breittschied. Man kann insofern seiner Kritik zustimmen, als es in der Tat ein Auroresum bedeutet, daß der Reichshaushalt noch immer nicht fertig ist. Dies ist die erste Reichstagsitzung nach der zehnwöchigen Pause. Er widmet dem vor kurzem verstorbenen früheren Reichspräsidenten Dr. Brücker einen Nachruf, der von den Abgeordneten lebhaft angehört wird. Der Präsident denkt weiter mit ehrenden Worten der verstorbenen Abgeordneten Dr. Brücker (SPD.) und Elmberg (Soz.). Er teilt mit, daß er dem Reichspräsidenten der französischen Kammer das Mitgefühl des Reichstages anlässlich des Ablebens des französischen Präsidenten Doumer insofern das anerkennendste und wegen des Todes des Präsidenten des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, übermittelt habe. Am Regierungsdirektor des Reichskanzlers Dr. Fränkel, Reichsfinanzminister Dietrich, Reichsminister und Wehrminister Groener, ferner die Minister Schäkel, Treuhaus, Schiele, Schlange und Dr. Siegelwald. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Schuldentilgungsgesetzes in Verbindung mit der allgemeinen politischen Aussprache.

In der Dienstagsitzung wird voraussichtlich als erster Redner der nationalsozialistische Abgeordnete Straßer zu Wort kommen, der besonders eingehend das S.M.-Verbot behandeln wird. Das wird dann höchstwahrscheinlich für den Reichswehr- und Reichsinnenminister Groener die Veranlassung sein, auf dem Plan zu erscheinen und sich in die Debatte einzuschalten. Wie schon gesagt, ist aber nicht damit zu rechnen, daß der Regierung ernsthafte Schwierigkeiten erwachsen. Ihre Gesellschaf wird die vorliegenden Mißtrauensvoten ablehnen. Es ist dafür gesorgt worden, daß diese Gesellschaf möglichst wohlwollig verhalten ist, und so fehlt der kurzen Tagung jedes spannende Moment.

Die Schwierigkeiten der Staatsarbeit

Berlin, 9. Mai. Reichstagspräsident Brücker eröffnet um 3 Uhr die erste Reichstagsitzung nach der zehnwöchigen Pause. Er widmet dem vor kurzem verstorbenen früheren Reichspräsidenten Dr. Brücker einen Nachruf, der von den Abgeordneten lebhaft angehört wird. Der Präsident denkt weiter mit ehrenden Worten der verstorbenen Abgeordneten Dr. Brücker (SPD.) und Elmberg (Soz.). Er teilt mit, daß er dem Reichspräsidenten der französischen Kammer das Mitgefühl des Reichstages anlässlich des Ablebens des französischen Präsidenten Doumer insofern das anerkennendste und wegen des Todes des Präsidenten des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, übermittelt habe.

voll erfüllt worden. Nach dem Haushalt 1930 sollten 465 Millionen schwedende Schulden getilgt werden und nach dem Haushalts 1931 420 Millionen. Man hatte die Ansicht, bis Ende des Etatsjahres 1932 die schwedende Schuld bis auf den Betrag der umlaufenden Schatzwechsel, die ja immer im Verkehr waren, abzudecken.

Am Regierungsdirektor des Reichskanzlers Dr. Fränkel, Reichsfinanzminister Dietrich, Reichsminister und Wehrminister Groener, ferner die Minister Schäkel, Treuhaus, Schiele, Schlange und Dr. Siegelwald. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Schuldentilgungsgesetzes in Verbindung mit der allgemeinen politischen Aussprache.

Das ist deswegen nicht möglich, weil zunächst die Defizite im Jahre 1930 und 1931 abgedeckt werden müssen.

Die fundierten Schulden des Reiches betragen auf den 31. Dezember 1931 10.208 Millionen Reichsmark. Sie sind gegenüber dem Stande vom 30. September 1930 um 300 Millionen kleiner geworden. In dieser Summe ist die Younganleihe mit 1478 Millionen schon enthalten. Bekanntlich hat das Reich davon keinen Pfennig bekommen, sondern zwei Drittel sind der Entente ausgefallen, das andere Drittel der Reichspost und der Reichsbahn. Diese fundierte Schuld teilt sich auf in:

1. Kriegs- und Vorkriegsschulden (Anleiheablösungsschuld) 4981 Millionen Reichsmark,
2. Stabilisierungsschuld 607 Millionen,
3. Entschädigungsschuld 1201 Millionen,
4. Reparationsschulden (Dawes- und Younganleihe) 2268 Millionen,
5. Schulden für außerordentliche Ausgaben 1478 Millionen Reichsmark.

Reichsfinanzminister Dietrich,

der dazu das Wort nimmt, wird von den Kommunisten mit dem Ruf empfangen: „Der Konkursverwalter hat das Wort!“ Der Minister fährt aus: Der Gesetzentwurf befaßt sich auf der einen Seite mit den Kreditermäßigungen, die aus früheren Jahren aufrechterhalten werden müssen, mit Kreditermäßigungen der Notverordnungen und mit einer Kreditermäßigung, die zur Ueberwindung des Jahres 1932/33 notwendig ist. (Wehrdienstmittelfreie) Außerdem behandelt er die Frage der Tilgung der schwedenden Schuld. Zum anderen beschäftigt sich der Gesetzentwurf in seinem letzten Paragrafen mit der Ermäßigung an den Reichsfinanzminister, eine Prämienanleihe zur Förderung der Produktion, der Rekonstruktion, der Beschäftigung Jugendlicher und für sonstige Arbeitsbeschaffung auszugeben.

Uebersicht über die Verpflichtungen des Reiches aus Ansehen der Kreditkrisis und die Garantien des Reiches.

Das gesamte Engagement, das aus der Kreditkrisis entstanden ist, beläuft sich neben der restlichen Garantie zugunsten der ehemaligen Danabank auf 1118 Millionen. Davon kommt aber nur ein kleiner Teil als wirklicher Aufwand des Reiches in Frage. Zunächst einmal sind die Großbanken verpflichtet, von den hingegebenen Papieren 307 Millionen zurückzugeben. Sodann befinden sich unter den Pfandbriefen mindestens 200 bis 250 Millionen, die nie praktisch werden. Endlich stehen dem Kaufmann gegenüber drei Viertel des Aktienkapitals der Dresdener Bank und über 80 Millionen Aktien von anderen Banken.

Die schwedende Schuld des Reiches betrug am 31. März 1930 1088 Millionen, am 31. März 1932 1501 Millionen, also 413 Millionen weniger. Dierdel ist berücksichtigt, daß ein Teil der schwedenden Schuld in eine fundierte Schuld durch die Kreuzeranleihe verwandelt wurde, im Betrage von 298 Millionen. Andererseits ist nicht berücksichtigt, daß wir eine Anzahl von Schatzanweisungen im Verolge der Kreditkrisis zu Stellungszwecken hergegeben haben. Ich darf aus dieser Tatsache der Entwicklung der schwedenden Schuld zunächst feststellen, daß das Deutsche Reich in den letzten zwei Reichsjahren nicht tiefer in ungedeckte Schulden geraten ist, sondern sich — wenn auch nur in einem bescheidenen Betrage — entlastet hat, ebenso wie ich feststellen darf, daß auch die fundierte Schuld des Reiches in den letzten Jahren um gleichfalls etwa 300 Millionen zurückgegangen ist. Jedoch sind trotzdem die Bestimmungen, die zur Tilgung der schwedenden Schuld getroffen waren, nicht

Der effektive Verlust aus der Bankentransaktion besteht in 185 Millionen Reichsmark verlorenen Zuschüssen und 156 Millionen Reichsmark, die durch Zusammenlegung des Kapitals der Dresdener Bank verlorengegangen sind. Ueber den Stand der Garantien des Reiches wird in dem Bericht zum neuen Etat im einzelnen Auskunft gegeben. Ich kann aus diesem Bericht mitteilen, daß die vorletzte Uebersicht vom Oktober 1930 an effektiv aufgenommenen Garantien den Betrag von 684 Millionen ausweist. Davon sind 212 Millionen abgegangen. Bis zum 30. September 1931 bleibt eine übernommene Garantie-

Vertical text in the left margin, likely a price index or list of numbers.

